

Blocher vergrössert Medienmacht

SVP-Strategie Christoph Blocher kauft 25 Gratis-Wochenzeitungen mit mehr als 700 000 Lesern. Welche Pläne verfolgt der 76-Jährige?



Rückkehr: Christoph Blocher baut seinen publizistischen Einfluss auch in der Region Südostschweiz wieder aus. Bild Marco Hartmann

von Dennis Bühler

Während Monaten wurde gemunkelt, alt Bundesrat Christoph Blocher wolle eine eigene Sonntagszeitung lancieren. Doch auch wenn er diesen Plan kurzzeitig tatsächlich hegte und ein Projekt durchrechnen liess: «Bald war die Sonntags-Idee bloss noch ein Ablenkungsmanöver, um unseren Coup, den Wochenzeitungsverlag der Familie Zehnder zu übernehmen, in Ruhe abwickeln zu können.» Dies sagt Rolf Bollmann, CEO und Verwaltungspräsident der «Basler Zeitung» (BaZ).

Auf einen Schlag kommt die BaZ Holding AG, an der Blocher, Bollmann und BaZ-Chefredaktor Markus Somme je einen Drittel besitzen, nun zu 25 Gratisiteln mit einer Gesamtauflage von 720 756 Exemplaren. Der Zehnder-Verlag ist heute in 16 Gebieten der Ost- und Zentralschweiz sowie in den Kantonen Graubünden, Aargau, Bern, Solothurn und Zürich präsent.

«Mit SVP-Kampfbblatt chancenlos»

Politische Interessen stünden nicht im Vordergrund, behaupten Blocher und Bollmann unisono. «Wir befinden uns in einem Mediensegment, bei dem die politische Berichterstattung nur einen kleinen Stellenwert einnimmt», lässt sich der SVP-Strategiechef in einer Pressemappe zitieren, die der Zehnder-Verlag gestern an Journalisten mailte. «Das wird so bleiben und ist Teil des Erfolgs dieser Zeitungen.» Darüber hinaus wollte sich Blocher gestern nicht zum Kauf äussern. Bollmann sagt: «Mein Job ist es, wirtschaftlich einträgliche Titel herauszugeben. Mit einem SVP-Kampfbblatt aber hätten wir bei den Werbekunden keine Chance – unsere Einnahmen würden schmelzen wie Schnee an der Sonne.»

An der Ausrichtung der Gratisblätter müsse kaum etwas geändert werden, da regional verwurzelte Anzeiger auch im Internetzeitalter ein gutes Geschäftsmodell seien. «Das lokale Gewerbe will nach wie vor in lokalen Printzeitungen inserieren.» Was BaZ-Chef Bollmann verschweigt: Der Zehnder-Verlag fischte schon bisher in ähnlichem, rechtem Teich. So durfte etwa Kolumnist Charly Pichler regelmässig in allen Verlagszeitungen gegen Ausländer, Arbeitslose und Invalide wettern. Mehrfach wurde er dafür vom Schweizer Presserat gerügt. Einmal hegte das Ethikgremium der Journalistenzunft gar den «dringenden Ver-

dacht einer konstruierten, rein fiktiven Geschichte». Auch Bollmann, der in Seuzach im Kanton Zürich wohnt und nach eigenen Angaben ab und zu in der «Winterthurer Zeitung» des Zehnder-Verlags blättert, hält die Kolumnen für «manchmal unter der Gürtellinie». Deren Autor aber werde ohnehin bald pensioniert.

Dass die Arbeit des Verlags auch über Kolumnen hinaus für rote Köpfe sorgt, zeigt ein Anruf beim Verband Schweizer Gratiszeitungen. Zehnder sei nicht Mitglied, sagt Geschäftsführer Hannes Zaugg. «Die Einhaltung journalistischer Kriterien wäre hierfür zwingende Voraussetzung.»

Kooperation mit Walter Frey?

Bollmann, der nichts lieber tut als Synergien zu nutzen, streckt die Fühler bereits nach Kooperationspartnern aus. Ins Gespräch kommen möchte er zum Beispiel mit der Lokalinfo AG von SVP-Nationalrat Walter Frey, die im Raum Zürich Quartier- und Lokalzeitungen herausgibt. Deren Verwaltungsrat Beat Rechsteiner ist einer Zusammenarbeit nicht abgeneigt: «Wir sind für alles offen, was uns nützen kann.»



«Wenn es bei Wahlen und Abstimmungen um die Wurst geht, werden die Zeitungen auf Linie sein.»

Hanspeter Lebrument
Ehemaliger Verlegerpräsident

Es könnte auch das Motto Blochers sein, der die Leserschaft der «Basler Zeitung» mit dem Zehnder-Kauf fast verachtlicht. Szenekenner sind sich sicher, dass der SVP-Vordenker eben doch primär politische Ziele verfolgt. Das glaubt auch «Südostschweiz»-Verleger und Ex-Verlegerpräsident Hanspeter Lebrument. «Die Unabhängigkeit der Schweiz ist Blocher derart wichtig, dass er diesen Kampf auch publizistisch führt», sagt er. Zwar werde Blocher wohl tatsächlich keine Parteizeitungen machen. «Aber wenn es bei Wahlen oder Abstimmungen um die Wurst geht, werden sie auf Linie sein.»

Blochers Machthunger ist ungebrochen

Ein Kommentar
von Dennis Bühler,
Bundeshausredaktor



Politisch passt der Kauf perfekt: SVP-Vordenker Christoph Blocher und seine Freunde Rolf Bollmann und Markus Somme übernehmen die Gratis-Blätter des Zehnder-Verlags, die in ihrer Berichterstattung seit jeher zwischen bürgerlichem Kurs und Stammtischniveau pendeln. Und auch sonst macht der Deal Sinn: Während die Ostschweizer Familie wegen der Digitalisierung nicht mehr an eine glorreiche Zukunft des Printgeschäftes glaubt, tut Blocher genau das. Denn er weiss, dass seine Klientel noch immer überproportional auf dem Land zu Hause ist, wo Gratisanzeigen dank der Inserate des lokalen Gewerbes auch im Internetzeitalter rentabel verlegt werden können und nur wenige Menschen Sticker an ihre Briefkästen kleben, welche den Einwurf von Werbeanzeigen verbieten.

Blocher ist medial nun mit einem Schlag nicht mehr nur in der linken Stadt Basel, sondern fast in der gesamten Deutschschweiz präsent. Mit dem gestrigen Tag hat er seine Reichweite fast verdreifacht: Zu den gut 100 000 Lesern der «Basler Zeitung» gewinnt er mehr als 700 000 Zehnder-Leser dazu. Damit dürfte der publizistische Hunger Blochers aber noch längst nicht gestillt sein. Bollmann hat den Auftrag erhalten, die Leserschaft so rasch wie möglich auf über eine Million auszuweiten. «Ob mit Neulancierungen oder durch Zukäufe, spielt keine Rolle», sagt Blochers rechte Hand in Medienfragen. Dass es dabei um wirtschaftliche und nicht um politische Ziele gehe, wie Bollmann behauptet, ist Quatsch. Geld verdienen muss der 76-jährige Multimilliardär weiss Gott nicht. Aber sein Streben nach Einfluss, das ist ungestillt.

📧 Kontaktieren Sie unseren Autor:
dennis.buehler@somedial.ch

Konzession für SRG verlängert

Der Bundesrat hat gestern die SRG-Konzession unverändert verlängert – allerdings nur noch um ein Jahr bis Ende 2018. Für die Zeit danach sind Änderungen vorgesehen. Die Konzession präzisiert den Auftrag, den die SRG mit ihren Programmen erfüllen muss. Die neue Konzession soll 2019 in Kraft treten und bis zum geplanten neuen Gesetz über elektronische Medien gelten. Mit der neuen Konzession wolle der Bundesrat das Profil des Leistungsauftrags der SRG schärfen, schreibt das Departement von Medienministerin Doris Leuthard in einer Mitteilung. Der Bundesrat hatte 2016 angekündigt, die SRG an die digitale Zeit mit der intensiven Nutzung des Internets anpassen zu wollen.

Der Entscheid der Regierung ist im Sinne der nationalrätlichen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen: «Die Kommission hat ebenfalls empfohlen, die SRG-Konzession nur um ein Jahr zu verlängern», sagt deren Präsidentin Natalie Rickli. (sda/dbü)

Eigenmietwert: Das Feilschen beginnt

Der Eigenmietwert soll weg, doch auf Steuerabzüge will man weder links noch rechts verzichten.

von Doris Kleck

Es ist eine Geschichte des Scheiterns: Der Eigenmietwert sollte schon oft abgeschafft werden. Denn die Versteuerung eines fiktiven Einkommens auf Wohneigentum ist für viele schwer nachvollziehbar – und kann vor allem Pensionierte mit einer bescheidenen Rente und abbezahlem Haus in finanzielle Bedrängnis bringen. Zuletzt lehnte der Ständerat im Frühling einen Systemwechsel ab.

Der Zürcher Nationalrat Hans Egloff (SVP) hatte in einem Vorstoss ein einmaliges Wahlrecht für Eigentümer gefordert: Sie hätten wählen können, ob sie nach dem heutigen System besteuert werden wollen – oder lieber ohne Eigenmietwert und damit auch ohne Steuerabzüge für Schuldzinsen oder Unterhaltskosten. Dieses Wahlrecht wäre für die Eigentümer das Weggli mit dem Fünfer gewesen. Denn wer seine Immobilie mit einer hohen Hypothek belastet hat, profitiert vom System mit Eigenmietwert. Wer die

Schulden jedoch abbezahlt hat, wird bestraft.

Nach dieser Niederlage hat der Hauseigentümerverband (HEV) unter seinem Präsidenten Egloff die Taktik geändert. Der HEV strebt nur noch die Abschaffung des Eigenmietwerts an und stellt keine weiteren Forderungen mehr. Notfalls, so Egloff, wäre er auch zu einem reinen Systemwechsel bereit. Also kein Eigenmietwert, aber auch keine Steuerabzüge mehr.

«Teufel liegt im Detail»

Diese Taktik scheint fürs Erste aufzugehen. Die beiden Wirtschaftskommissionen sind sich einig: Der Eigenmietwert muss weg. Die nationalrätliche Kommission hat sich gestern ihrer Schwesterkommission angeschlossen. Diese arbeitet nun eine Gesetzesvorlage aus. Die Baselbieterin Susanne Leutenegger Oberholzer (SP) spricht von einem Schritt in die richtige Richtung: «Der Handlungsbedarf wird von niemandem in Frage gestellt», sagte die Kommissionspräsidentin. Doch sie

fügt an: «Der Teufel liegt im Detail.» Doch diese Details werden in der verabschiedeten parlamentarischen Initiative offen gelassen.

Fakt ist: Kaum jemand will auf Steuerabzüge verzichten – und das nicht nur auf bürgerlicher Seite. Die Baselbieterin Daniela Schneeberger (FDP) lehnt einen radikalen Systemwechsel zumindest heute ab. «Man könnte beispielsweise gewisse Unterhaltskosten, Hypothekarzinsen oder

Amortisationskosten zeitlich begrenzt zum Abzug zulassen.» Ähnlich tönt es beim Luzerner Leo Müller (CVP): «Gewisse Abzüge müssen weiterhin möglich sein. Im internationalen Vergleich ist die Eigentumsquote in der Schweiz tief, die steuerlichen Anreize waren in der Vergangenheit offenbar zu wenig gross.» Er denkt dabei an Massnahmen für junge Familien, die Wohneigentum kaufen. Sie wären nämlich nebst den Eigentümer von schlecht unterhaltenen Häusern die Verlierer des Wechsels hin zu einem System, das keine Abzugsmöglichkeiten mehr zulassen würde: «Auch die Hypothekarzinsen müssen steuerlich berücksichtigt werden. Entweder in den ersten Jahren nach Erwerb von Wohneigentum, oder falls die Hypothekarzinsen eine gewisse Höhe überschreiten.» Auch Leutenegger Oberholzer hat Ideen, um Familien zu unterstützen. Sie denkt an das dänische Modell, wo Leute mit tiefen Einkommen bei einem Ersterwerb einen Zinsabzug machen können.

«Gewisse Abzüge müssen weiterhin möglich sein, um den Anreiz für den Erwerb von Wohneigentum zu gewährleisten.»

Leo Müller
Luzerner CVP-Nationalrat